WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 27.04.2026 | Yvonne Blos

Aufbruch in Santa Marta

In Kolumbien findet derzeit die erste globale Konferenz zum Ausstieg aus fossilen Energien statt – der Zeitpunkt könnte kaum günstiger sein.

Seit Jahrzehnten konzentrieren sich die offiziellen Verhandlungen auf den internationalen Klimakonferenzen vor allem auf Emissionsreduktion, ohne die fossilen Energien als eigentliche Ursache der Klimakrise konsequent anzugehen. Zudem setzen sie auf Einstimmigkeit, um beim internationalen Klimaschutz voranzukommen, sodass ambitionierte Ergebnisse zunehmend blockiert werden.

Die erste Konferenz zum Ausstieg aus fossilen Energien, die derzeit in Santa Marta stattfindet, möchte das nun ändern. Sie soll dieses Thema parallel zum blockierten Prozess der UN-Klimaverhandlungen voranbringen. Sie könnte so tatsächlich zum Wendepunkt für die internationale Klimapolitik werden: hin zur Umsetzung in einer „Koalition der Willigen“ statt des ewigen Abwartens bei Minimalkompromissen im Konsensprinzip – angesichts des drängendsten Themas unserer Zeit: der massiven Abhängigkeit von fossilen Energien.

Die Konferenz hat das Ziel, den Ausbau fossiler Energien zu stoppen und einen gerechten, global koordinierten Ausstieg zu organisieren, der mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens kompatibel ist. Gastgeber sind Kolumbien und die Niederlande. Von rund 90 eingeladenen Regierungen weltweit haben über 50 ihre Teilnahme bestätigt. Auch Deutschland wird, vertreten durch das Bundesumweltministerium, teilnehmen. Zudem sind zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft dabei. Die USA wurden aufgrund ihrer fossilen Expansionspolitik gar nicht erst eingeladen (und es ist mehr als fraglich, ob sie teilgenommen hätten). Länder des Globalen Südens nehmen hingegen eine Führungsrolle bei der Konferenz ein.

Kolumbien als Gastgeberland und Hauptinitiator kommt eine besondere Rolle zu. Trotz starker Abhängigkeit von fossilen Exporten nimmt die Regierung Petro eine Vorreiterrolle ein. Sie hat den Ausstieg aus der Kohle beschlossen – trotz der bekannten sozioökonomischen Risiken

eines Schwellenlands. Der Strommix ist bereits überwiegend erneuerbar, die Klimaziele zählen zu den ambitioniertesten weltweit: Halbierung der Emissionen bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050. Kolumbien zeigt: Entscheidend ist politischer Wille, nicht Ressourcenknappheit. Diese Rolle ist jedoch gefährdet. Ein Sieg der rechten Opposition könnte den Ausstieg rückgängig machen, sie könnte die Kohle- und Öl-Expansion sowie Fracking ausweiten und Moratorien aufheben – mit Folgen für Biodiversität, Klima und die globale Klimagerechtigkeit.

Die Welt befindet sich in einer Phase sich überlappender Krisen: explodierende Energiepreise und geopolitische Spannungen.

Die aktuell stattfindende Konferenz in Kolumbien könnte der Wendepunkt sein, der von vielen in der internationalen Klimadiplomatie seit Langem erhofft wird: von der Norm- und Zielsetzung internationaler Klimapolitik endlich in die Umsetzung zu kommen. Dort soll ein internationales Abkommen zum Ausstieg aus fossilen Energien auf den Weg gebracht werden, das verbindliche Regeln hierfür festlegt. Es ist das derzeit umfassendste Konzept für einen fossilen Ausstieg. Dieser Initiative haben sich bereits 18 Staaten angeschlossen. Ähnlich wie andere internationale Übereinkommen soll es zur völkerrechtlichen Verpflichtung beitragen, etwa wie das Abkommen zum Landminenverbot oder nukleare Abrüstungsinitiativen. Solche Beispiele zeigen, dass dadurch eine Verschiebung internationaler Normen stattfinden kann, die in verbindliches Recht mündet.

Deshalb könnte die Konferenz mehr sein als ein weiteres Treffen mit bloßen Absichtserklärungen. Sie hat das Potenzial, eine Lücke zu schließen, die die internationale Klimapolitik seit Jahrzehnten begleitet: den fehlenden politischen Mut, nicht nur Emissionen zu regulieren, sondern die Förderung fossiler Energien selbst in den Blick zu nehmen und mit einem verbindlichen Abkommen Tatsachen zu schaffen. Das Treffen kann eine politische Dynamik erzeugen und so den Handlungsdruck erhöhen.

Selten war ein Zeitpunkt für eine internationale Klimakonferenz zum Ausstieg aus fossilen Energien aus geopolitischer Perspektive so dringend und zugleich so günstig wie jetzt. Die Welt befindet sich in einer Phase sich überlappender Krisen – in Form explodierender Energiepreise und geopolitischer Spannungen –, die vor allem auf eines zurückzuführen

sind: die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Energien. Das zeigt sich nicht zuletzt an den Benzinpreisen infolge des anhaltenden Konflikts im Iran und der Sperrung der Straße von Hormus. Auch der Ukraine-Krieg hat vielen Ländern – allen voran Deutschland – die Abhängigkeit von russischem Erdgas vor Augen geführt. Diese Abhängigkeit verringert sich nicht, wenn lediglich der Lieferstaat wechselt. Das Geschäft mit fossilen Energien bleibt riskant und volatil. Viele Staaten suchen daher angesichts steigender Preise nach mehr Unabhängigkeit. Erneuerbare Energien sind dabei längst nicht mehr nur ein Instrument des Klimaschutzes, sondern ein strategischer Vorteil. Wer heute in sie investiert, stärkt nicht nur das Klima, sondern auch die eigene wirtschaftliche und sicherheitspolitische Resilienz.

Doch globale Einigkeit beim Ausstieg aus fossilen Energien ist bislang schwer zu erreichen – das haben die enttäuschenden Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen in den vergangenen Jahren gezeigt. Auf den Klimakonferenzen, den sogenannten COPs, gab es nur wenige Momente, in denen der „Elefant im Raum“ – die fossilen Energien – überhaupt als Problem benannt wurde. Lichtblicke waren etwa die COP26 in Glasgow, bei der ein Ausstieg beinahe in den Abschlusstext aufgenommen worden wäre, dann aber in letzter Minute verwässert wurde. Erst auf der COP28 konnte im November 2023 ein Hinweis auf die notwendige Abkehr von fossilen Energien verankert werden. Passiert ist seitdem jedoch wenig. Auch bei der letzten Klimakonferenz in Brasilien gab es trotz Unterstützung der Präsidentschaft keinen Konsens über einen Fahrplan. Dieses Scheitern war ein zentraler Grund für die Einberufung der parallelen Konferenz.

Die Konferenz in Santa Marta orientiert sich an den Zielen des Pariser Abkommens und versucht, das 1,5-Grad-Ziel auf neue Weise umzusetzen.

Genau hier liegt das Problem: Ein einstimmiges Ergebnis zum Ausstieg aus fossilen Energien unter mehr als 180 Vertragsstaaten erscheint unter den aktuellen politischen Bedingungen illusorisch. Umso wichtiger sind Formate wie die Konferenz in Santa Marta, die es ermöglichen, dass „Koalitionen der Willigen“ vorangehen. Fortschritt entsteht selten im Konsens aller, sondern durch Gruppen von Staaten, die ambitioniertere Wege gehen und damit Standards setzen, denen andere später folgen. Ein geplanter Vertrag könnte genau ein solches Instrument sein: kein perfekter globaler Konsens von Beginn an, sondern ein Rahmen, der Dynamik erzeugt.

Dabei geht es nicht darum, die internationalen Klimakonferenzen zu

ersetzen – im Gegenteil. Die Konferenz in Santa Marta orientiert sich an den Zielen des Pariser Abkommens und versucht, das 1,5-Grad-Ziel auf neue Weise umzusetzen. Gleichzeitig bietet das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2025 eine wichtige Orientierung, da es erstmals eine rechtliche Verpflichtung der Staaten zum Klimaschutz anerkennt. Ziel ist es, bestehende Lücken zu schließen, insbesondere bei Umsetzung und Verbindlichkeit. Dadurch könnte die Konferenz dem stockenden System der internationalen Klimapolitik neuen Schwung verleihen. Denn genug Rückhalt für einen Fahrplan zum Ausstieg aus fossilen Energien von fast der Hälfte der anwesenden Vertragsstaaten gab es auf der letzten Klimakonferenz im November 2025 in Brasilien bereits.

Die Konferenz ist somit mehr als ein symbolischer Moment. Sie könnte auf normativer Ebene einen Wendepunkt markieren – als Ausgangspunkt eines Prozesses, der zeigt, wie neue Formen globaler Zusammenarbeit funktionieren können, und der gleichzeitig das bestehende UN-System stärkt. Natürlich bleiben Herausforderungen – der Ansatz ist nicht perfekt. Doch das ist kein Argument gegen ambitioniertes Handeln. Die Zeit kleiner Schritte ist angesichts der Dringlichkeit längst vorbei. Es ist an der Zeit, diesen neuen Versuch eines „Multilateralismus auf zwei Ebenen“ zu wagen und ein neues Kapitel in der internationalen Klimapolitik aufzuschlagen.



Yvonne Blos
Berlin

Yvonne Blos ist Referentin für Globale Kooperation und Klimagerechtigkeit bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete sie das regionale Klimaprojekt der Stiftung in Asien und war für den Bereich Monitoring und Evaluierung in der internationalen Arbeit der FES zuständig.